

Intergruppe „Nachhaltige Jagd“ feiert Jubiläum

– Seit 20 Jahren setzen sich Politiker im Europäischen Parlament gezielt für die Jagd ein –

Die Intergruppe „Nachhaltige Jagd, Biodiversität & Ländliche Aktivitäten“ im Europäischen Parlament feierte Mitte November 2005 ihr 20-jähriges Jubiläum. Der DJV wurde durch DJV-Ehrenpräsident Baron Heereman und Hauptgeschäftsführer von Wülfing vertreten. Auf der Sitzung verabschiedeten die Mitglieder darunter 12 deutsche Abgeordnete einstimmig eine Resolution, die in Sachen Jagd zur eindeutigen Kompetenzverteilung zwischen EU und Mitgliedstaaten aufruft:

Resolution

Anlässlich des 20. Geburtstages der Intergruppe „Nachhaltige Jagd, Biodiversität & Ländliche Aktivitäten“ betonen die Europa-Abgeordneten dieser Intergruppe die Notwendigkeit eines strategischen Netzwerkes aller nachhaltigen Naturnutzer in Europa. Vernünftige und nachhaltige Nutzung von wild lebenden Tieren und ihren Lebensräumen durch die Jagd gilt als ein entscheidender Bestandteil des angemessenen Management des Ländlichen Raumes. Dies sollte daher in allen relevanten Politikbereichen der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten berücksichtigt werden.

Die Mitglieder der Intergruppe unterstützen deshalb die Einrichtung gleichartiger parlamentarischer Gruppierungen in den nationalen Parlamenten aller Mitgliedsstaaten der EU. Dies ist besonders wichtig, da die EU dem Subsidiaritätsprinzip nach nur eine beschränkte Regulierungskompetenz besitzt, und somit dieser Bereich größtenteils auf Ebene der Mitgliedsstaaten verbleibt.

Es gibt mehr als 7 Millionen Jäger in der EU. Ihr Beitrag zum Erhalt der Natur und der biologischen Vielfalt ist bedeutend. Die von ihnen geleistete Verwaltung von über 3 Millionen Quadratkilometern Land bedeutet einen höchstbeachtlichen sozialen und ökonomischen Beitrag. Diese Einflussfaktoren müssen weitgehend an die Öffentlichkeit vermittelt werden. Die Intergruppe „Nachhaltige Jagd, Biodiversität & Ländliche Aktivitäten“ wird dafür Sorge tragen, dass diese Öffentlichkeitsarbeit zu ihrer unmittelbaren Priorität für die Zukunft wird.

Straßburg, den 16. November 2005

